

STEPHAN SCHULMEISTER

**DER WEG
ZUR
PROSPERITÄT**

ecowin

SALZBURG - MÜNCHEN

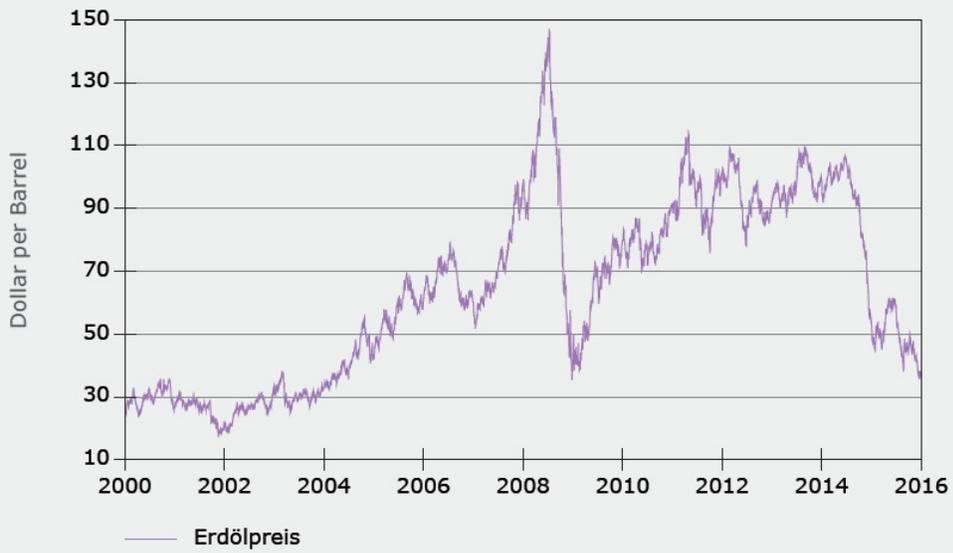


Abbildung 2.3: Dynamik spekulativer Preise

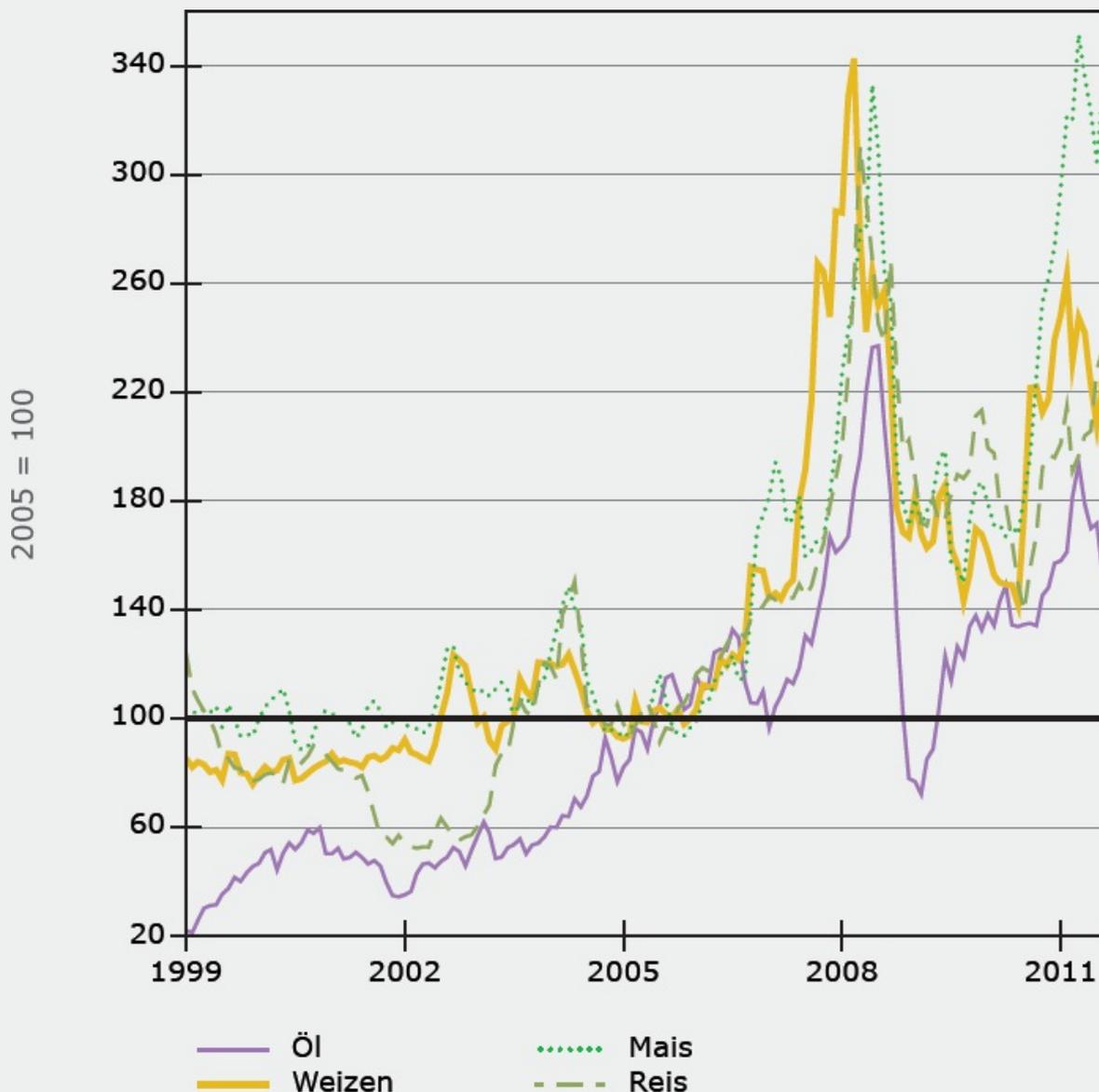


Abbildung 2.4: Dynamik der Rohstoffpreise

So unterschiedliche Rohstoffe wie Erdöl, Weizen, Mais oder Reis schwanken in einer Abfolge von übermäßigen Anstiegen (»Bullenmärkte« wie 2007/2008) und übermäßigen Rückgängen (»Bärenmärkte« wie 2008/2009). Dies gilt auch für Aktien- und Wechselkurse ([Abbildung 2.3](#)).

Die Ursachen der Finanzkrise: Betriebsunfall oder Systemversagen?

Für Mainstream-Ökonomen war die Finanzkrise 2008 ein Schock. Jahrelang hatten sie

versichert, die Wirtschaft sei durch Marktliberalisierung stabiler geworden. Die Finanzkrisen in Ostasien, Russland und Lateinamerika zwischen 1997 und 2000, der Zusammenbruch des weltweit größten Hedgefonds (»Long-Term Capital Management«) 1998 und das Platzen der Internet-Bubble 2000 waren »Warnsignale« – mit »neoliberaler Brille« aber nicht zu erkennen.

Also hielt man sich an die Abläufe an der Oberfläche. US-Banken hatten in gewaltigem Umfang Hypothekarkredite an nahezu mittellose Haushalte vergeben, zu verlockenden Konditionen. Die Banken bündelten diese Kredite zu Wertpapieren und verkauften sie weltweit. Als die Zinsen zu steigen und die Immobilienpreise zu fallen begannen, wurden Millionen Hausbesitzer zahlungsunfähig und die Wertpapiere wertlos.

Diese »Standarderklärung« der Krise stellt keine Analyse, sondern eine Symptomdiagnose dar. Dieser entsprach die Symptomkur: faule Kredite »entsorgen«, Liquidität bereitstellen, den Banken Eigenkapital zuführen und an diese appellieren, einander wieder zu vertrauen. Den Kontrapunkt dazu bildet (m)eine systemische Alternativsicht: Die große Krise ist das Ergebnis der finanzkapitalistischen »Spielordnung«, in der Bullen- und Bärenmärkte ganz normal sind.¹³ Fatal war allerdings deren *synchrone* Entwicklung: Nachdem die Immobilienpreise in den USA bereits seit 1996 immer stärker gestiegen waren, begannen Ende 2001 auch die Rohstoffpreise und Ende 2002 die Aktienkurse (wieder) zu boomen. Dies baute das »Absturzpotenzial« für drei Bärenmärkte auf. Ende 2006 begannen die Immobilienpreise zu sinken, 2007 die Aktienkurse und 2008 die Rohstoffpreise ([Abbildung 2.5](#)).¹⁴

In den folgenden Monaten brachen Industrieproduktion und Welthandel teilweise stärker ein als nach dem Börsenkrach 1929: Die Haushalte, Unternehmen, Banken und Länder reagierten auf die dreifache Vermögensentwertung mit einer massiven Einschränkung der leicht verschiebbaren Ausgaben: Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, insbesondere nach Pkw, ging ebenso zurück wie die Nachfrage nach Maschinen und sonstigen Investitionsgütern. Davon war der »Exportweltmeister« Deutschland am stärksten betroffen.

Mit der Rettung von Banken und mit Konjunkturpaketen bekämpfte die Politik die Folgen der Krise (anders als nach dem Börsenkrach von 1929), nicht aber ihre systemischen Ursachen, die finanzkapitalistische »Spielordnung« und ihre wissenschaftliche Legitimation.

Die Griechen sind schuld

Im März 2009 war der Absturz der Aktienkurse zum Halten gekommen, und ein neuerlicher Boom begann ([Abbildungen 2.3](#) und [2.5](#)). Dies erleichterte es den Eliten, den Schrecken des Wirtschaftseinbruches zu verdrängen.¹⁵

Doch ein Schuldgefühl lastete auf ihnen: Ihre Deregulierungen hatten das Treiben auf den Finanzmärkten begünstigt, das Millionen Menschen den Job und die Staaten Billionen

»Rettungsgelder« kostete. Die von den Eliten vor und nach der Krise geförderten »gierigen Banker« waren keine geeigneten Objekte für ihre Schuldabfuhr. Dazu brauchte es einen Schuldigen, der ins neoliberale Weltbild passte: Nicht Marktprozesse, sondern die Politiker müssen versagt haben, nicht der Markt, sondern der Staat muss in desaströser Verfassung sein, nicht Sparen, sondern das »Über-seine-Verhältnisse-Leben« muss in die Krise geführt haben. Im Oktober 2009 war der passende Schuldige gefunden.

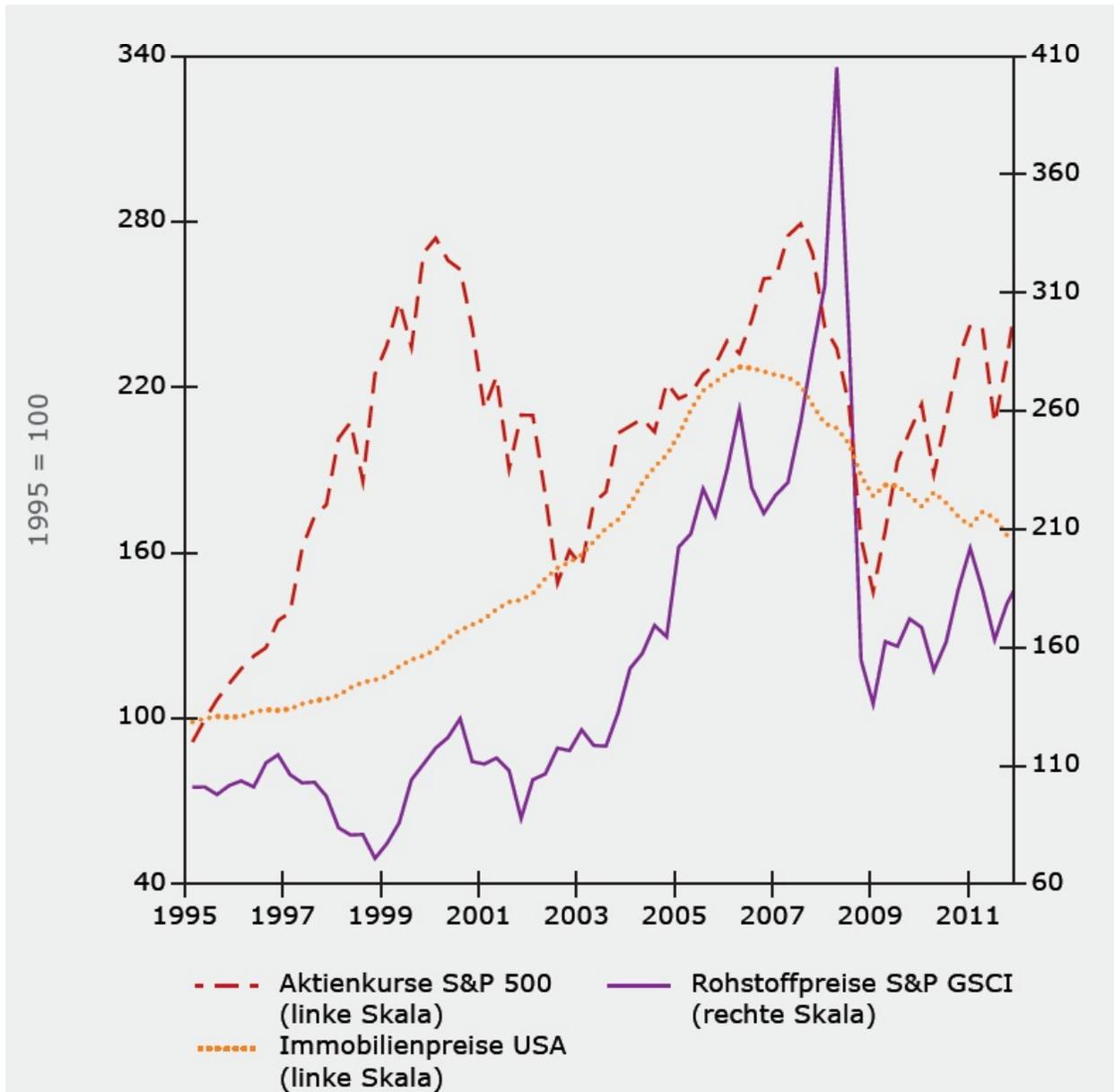


Abbildung 2.5: Verfall von Immobilienpreisen, Aktienkursen sowie Rohstoffpreisen und die große Krise

Zwischen 2002 und 2007 boomten Rohstoffpreise, Aktienkurse und Immobilienpreise gleichzeitig und bauten ein enormes »Absturzpotential« auf. Dieses wurde 2007/2008 »aktiviert«. Die gleichzeitige Entwertung von Rohstoff-, Aktien- und Immobilienvermögen

(erstmal seit 1929) stellt die systemische Hauptursache der Finanz- und Wirtschaftskrise dar.

Zu diesem Zeitpunkt musste der neu gewählte Ministerpräsident Griechenlands, Giorgos Papandreou, zugeben: Die Vorgängerregierung hatte (sehr) falsche Budgetzahlen nach Brüssel gemeldet, statt 6 Prozent des BIP sei das Defizit mehr als doppelt so hoch. Er bat um Finanzhilfen von der EU, anders lasse sich ein Staatsbankrott nicht vermeiden.

Die Erregung in den übrigen EU-Ländern stand in keinem Verhältnis zur Höhe der benötigten Mittel. Auf *rationaler* Ebene konnte man das kleine Land nicht für die große Krise verantwortlich machen. Auf *emotionaler* Ebene reagierten die Eliten auf das Defizitgeständnis so, als wäre Griechenland an der Krise schuld, am meisten in Deutschland: Noch nie seit 1945 war in den Massenmedien eine Kampagne gegen ein ganzes Volk geführt worden. »Die Pleite-Griechen« oder »die Schummel-Griechen« wurden gängige Ausdrucksformen. Selbst Angela Merkel konnte sich dieser Stimmung nicht entziehen und bediente das Vorurteil von den faulen Südeuropäern. Statt die *BILD*-Zeitung hätte sie die Statistik konsultierten sollen ([Abbildung 11.7](#)).

Die Emotionalisierung ließ in Vergessenheit geraten, dass es keine Kollektivschuld geben kann. Faktisch wurde aber das griechische Volk für seine Politiker kollektiv bestraft, indem etwa Menschen ihre soziale Krankenversicherung verloren. Nach den Wahlen in Griechenland vom Januar 2015 nahm die Emotionalität in der Auseinandersetzung dramatisch zu. Denn die Syriza-Regierung wollte nicht nur im eigenen Land die Austeritätspolitik aufgeben, sondern forderte dies für ganz Europa. Im Juli 2015 stellte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Thomas Strobl fest: »Der Grieche hat jetzt lang genug genervt.«

Aus psychologischer Perspektive war die Erregung verständlich: Die Eliten selbst hatten durch Übernahme der neoliberalen Navigationskarte Europa immer tiefer in eine Krise geführt. Sie brauchten daher einen Schuldigen zur eigenen Entlastung und zur Ablenkung der Frustration der Krisenopfer im eigenen Land. »Die Griechen« waren dafür ideal, weil die Politik *tatsächlich* falsche Budgetzahlen geliefert hatte, weil der griechische Staat *tatsächlich* in einem desolaten Zustand ist, weil die Wirtschaftsstruktur *tatsächlich* zu konsumorientiert ist und weil Griechenland *tatsächlich* über seine Verhältnisse lebte, also permanent mehr importierte als es exportierte. Zudem ist Griechenland ein kleines Land – ein großes Land wie Spanien oder Italien wäre aus europapolitischen Gründen ungeeignet gewesen für die Rolle als schuldiger Schuldner.

Allerdings ist der katastrophale, sechs Jahre anhaltende Wirtschaftseinbruch in Griechenland *ausschließlich* Folge der austeritätspolitischen Spezialmaßnahmen, die diesem Land und seinen Bewohnern auferlegt wurden. Auch in den übrigen Ländern Südeuropas wurde die Krise durch die Wirtschaftspolitik verlängert und vertieft (siehe [Kapitel 11](#) und [12](#)).

Sind Diagnosen und Therapien selbst Teil der Krankheit, ist das Denksystem »im